

FACHAUSSCHUSS XI MOBILITÄT SPD BERLIN

Der Landesparteitag
Der Bundesparteitag möge beschließen

Antrag zur Sicherung der Regionalisierungsmittel für die Bestellung des Schienenpersonennahverkehrs

1. Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion setzen sich dafür ein, dass den Bundesländern in den kommenden 20 Jahren ausreichend Regionalisierungsmittel zur Verfügung stehen, um ihr S-Bahn- und Regionalbahnangebot aufrecht zu erhalten und für die Länder eine Planungssicherheit für den ÖPNV besteht. Entsprechende Aussagen sind im Wahlprogramm und bei einer Regierungsbeteiligung der SPD in der Koalitionsvereinbarung zu verankern. Ziel ist es, mindestens das heutige Zugangebot zu gewährleisten.
2. Die vom Bund an die Länder zugewiesenen Regionalisierungsmittel sind dahingehend zu dynamisieren, dass nicht nur die Inflationsrate sondern auch durch die DB-Netz AG erhöhten Trassenpreise und Stations&Service-Gebühren ausgeglichen werden, um Kürzungen im Nahverkehr zu vermeiden.
3. Kommt der Bund seiner nach der Bahnreform eingegangene Verpflichtung zur Sicherung eines Mindestangebots im Fernverkehr (entsprechend Artikel 87 e Grundgesetz) weiterhin nicht nach, so sind auf einer zu schaffenden bundesgesetzlichen Grundlage zusätzliche Mittel bereitzustellen, mit denen eine Mindestversorgung (3 Zugpaare pro Tag) zur Anbindung von Großstädten in strukturschwachen Gebieten sowie im grenzüberschreitenden Verkehr (z.B. Berlin/Dresden - Breslau, Berlin-Stettin und Nürnberg-Prag) gewährleistet und entsprechend bestellt werden kann.

Einstimmiger Beschluss des FA am 17.10.2012